

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 26 / 45. Jahrg.

1. Juli 1932

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

**Abonnement** Die „Graphische Presse“ erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit „Graphischer Technik“ 0,50 RM. auschl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für Länder des Westpostvereins 1.—RM.

## Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Redaktions-  
schluß: Montag. Fernruf: B 2, Lützow 5583.  
Verlag: Johannes Hoff, Berlin W 9. — Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

**Insertion** Für die viergespaltene Nonparellezelle oder deren Raum 0,50 RM., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 RM. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Postverlagsort: Schkenditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Für den Inseratenteil verantwortlich: Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

## Geschichtsbeitrag zur Syndizi-Tarifpolitik

Die zuständigen Kollegen haben inzwischen über vorläufiges Sein oder Nichtsein des Chemigraphentarifes entschieden und damit ein Kapitel in der Geschichte versuchter Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Fächer der Photomechanik zum Abschluß gebracht, das als widerwärtig in der Geschichte einer sonst guten Tariftradition verzeichnet bleiben wird. Art und Dauer dieses Tarifkampfes, insbesondere aber die totale Verkenning der lebendig wirkenden Kräfte in den Berufen der Photomechanik durch die Unternehmer beweisen, daß bei diesem beruflichen Trauerspiel Kräfte entscheidend am Werke waren, die in juristischen Flohknackereien Meister sein mögen, von den Internas der Berufe, der Struktur der tragenden Kräfte und den zwangsläufigen Möglichkeiten und Notwendigkeiten gewerblichen Wirkens und Strebens unberührt wie neugeborene Kinder sind. Machtpolitischem Wahnwitz unzulänglicher Theoretiker schien die verderbliche Weltwirtschaftskrise gerade geeignet, einer Berufsarbeiterschaft direkt entwürdigende Lebensbedingungen aufzuzwingen, der man hohen kulturellen Stand, ausgeprägte Allgemeinbildung und außerordentlich gute Leistungen in technischer und künstlerischer Beziehung nicht vorenthalten kann. Die Männer vom Bau im Unternehmerlager haben deshalb schon längst erkannt, daß ein billiger Interessenausgleich zwischen Gehilfen und Unternehmern bester Dienst am Gewerbe ist. Dieser billige Ausgleich der gegensätzlichen Interessen zwischen Gehilfenschaft und Unternehmertum ist für dieses Jahr unter dem Druck der Krise und der politischen Verhältnisse das den Kollegen von Verbandsvorstand, Verbandsausschuß und Verbandsbeirat zur Annahme empfohlene letzte Verhandlungsergebnis zum Abschluß eines neuen Tarifes für diese Gewerbe nicht. Es ist noch immer ein Dokument dafür, daß nicht Menschenpflicht und Gewerbeinteresse, sondern Betriebsegoismus und Syndizisweisheit Denken und Handeln der Unternehmer regierte. Es ist aber auch ein Dokument dafür, zu welchen Verstiegenheiten mangelnde Sachkenntnis, gepaart mit Machtwahn und Ignoranz, führen kann und was Geschlossenheit, Solidarität, Opferfreudigkeit und Disziplin der Gehilfenschaft gegen solch beabsichtigte Bedrückung zu tun vermag. Zur nochmaligen Betrachtung der mehr denn 30 Wochen dauernden Tariftragödie oder -komödie die folgenden Schlag- und Blitzlichter:

### Das Rotbuch

Mit dem Rotbuch fing es an. Eine dicke Schwarte in rottem Umschlag präsentierte der Gehilfenschaft die Anträge der Unternehmer zur neuen Tarifberatung. Die Anträge waren eine einzige Provokation der Gehilfenschaft! Hätte die Gehilfenschaft damals die einzig richtige Antwort auf diesen Überschwang gegeben, wären heute sicher nur

noch Trümmer von den betroffenen Gewerben vorhanden. Die Sitzung des Tarifausschusses am 19. November 1931 zeigte die großen Gegensätze auf, die nicht überbrückt werden konnten. Das Unternehmerwollen klappte zu seinem Können, aus der geplanten Fanfare wurde eine Chamade. Die mit großem Schneid von den Unternehmern angesetzte Attacke gegen das sich seit 28 Jahren mustergültig bewährten Berufsgesetzes endete in dem Karree einer kleinen Kommission.

### In der Dunkelkammer

Die kleine Kommission als Versuchsobjekt zur Vermeidung eines Verhandlungsabbruches nahm bald nach der Tarifausschußsitzung ihre Beratungen auf, um eine weitere Klärung der Sachlage und Fronten zu ermöglichen. Unentwegt ging auch hier das Gezerre hin und her. Die kleine Kommission hielt Beratungen über Beratungen ab. Hatte es den Anschein, daß sich eine Überbrückung der Gegensätze anbahnte, war es am anderen Tage schon wieder ganz anders. Die Parteien stritten wie die Berserker. Aber aus dem Gang der Verhandlungen war ganz deutlich zu ersehen, daß in absehbarer Zeit der Krach kommen mußte. Im Dezember war dann die gegenseitige Verrammung vollständig; es stand alles auf Brechen. Sture Syndizipolitik in totaler Verachtung gewerblicher Erfordernisse und Notwendigkeiten war in voller Verkenning der gewerblichen Kräfteverhältnisse bereit für ein Hirngespinnst die Grundlage gewerblicher Entwicklungsmöglichkeiten aufs Spiel zu setzen. In diese Situation platzte die von der Regierung Brüning erlassene 4. Notverordnung vom 8. Dezember 1931.

### Lohnraub durch Staatsgewalt

Die 4. Notverordnung bestimmte neben der Verlängerung der Laufzeit aller ablaufenden Tarife bis 30. April 1932 auch eine Senkung der Tariflöhne um 10 bzw. 15 Proz. Konnten die Tarifparteien sich über den Abbau der Tariflöhne nicht einigen, hatte der Sonderschlichter Vollmacht, von sich aus eine bindende Entscheidung zu treffen. Unsere Unternehmer meinten, ob des geforderten Lohnabbaues nun auf dem großen Pferd zu sitzen; die Gehilfenschaft bestritt die Zuständigkeit der Notverordnung für sich, weil Tariflöhne nicht vorlagen. Den Unternehmern wurde dann auch in der Verhandlung vor dem Sonderschlichter am 28. Dezember beigebracht, daß sie auf dem falschen Pferde saßen. Für die Gehilfenvertreter war natürlich ohne Zweifel, daß diese Lücke der Notverordnung mit dem ordentlichen Schlichtungsverfahren verkleistert werden würde. Es kam deshalb unter Mithilfe des Sonderschlichters im Rami zu einer Zwangsvereinbarung, die den Leistungslohn senkte. Die Unternehmer verdankten es nur dem Machtgebot des verflixten Staates, der sich nach ihrer Ansicht gar nicht in wirtschaftliche

Dinge einzumischen hat, daß ihnen der verlangte Lohnraub glückte. Anders hätte wahrscheinlich um den Lohnabbau mit mehr Einsatz von Kraft von den Unternehmern gekämpft werden müssen.

### Ruhe vor dem neuen Sturm

Für 4 Monate hatte der Tarifkampf durch die 4. Notverordnung Ruhe. Es machte den Eindruck, als wären Winterquartiere bezogen worden. Natürlich gabs Plänkeleien. Patrouillenkämpfe als leise Vorstöße aus dem Unternehmerlager waren an allen Fronten zu verzeichnen. Die Unternehmer konnten leider auch einige Gefangene machen. Im übrigen wurden aber alle Vorstöße abgewehrt. Mitte April begann der neue Kampf um die Tarifpositionen. Die Notverordnung stand vor ihrem Ablauf und die Regierung Brüning lehnte es ab, die Weitergeltung dieser Bestimmung der Notverordnung zu verfügen.

### Neues Debut im Rami.

Da am 30. April 1932 der Chemigraphentarif wieder in die Binsen war, wenn keine Verständigung der Parteien erfolgte, trat die sogenannte „Kleine Kommission“ wieder in Aktion und hielt tagelange Beratungen ab. Wieder wurden die einzelnen Tarifpositionen mit Ausdauer im Kampf um die gegensätzlichen Interessen malträtiert. Das einzige Ergebnis dieses erneuten Ringens um einen neuen Tarif für die photomechanischen Fächer waren Zeitvergeudung und heiße Köpfe. Sachlich war der Stand der Dinge fast wie am 19. November. Erneut wurden die Verhandlungen abgebrochen und die Unternehmer erklärten, nun das Reichsarbeitsministerium um Schlichterhilfe anzugehen. Um bis dahin Burgfrieden zu halten wurde vereinbart, die Laufzeit des Tarifes bis 27. Mai zu verlängern. Am 19. und 20. Mai stieg dann das große Ringen um die Seele des Schlichters. Regierungsdirektor Friedländer (Stettin) hatte den sicher wenig angenehmen Auftrag, diesen Tarifstreitbandwurm abzutöten. Das Resultat dieser Bemühungen ist den Kollegen noch im Gedächtnis. Die Gehilfenvertreter lehnten auch hier alle Forderungen der Unternehmer ab. Der Schiedspruch brachte den Unternehmern eine Teilerfüllung, weil inzwischen im Buchdruck eine Entscheidung gefallen war.

### Die Kollegenschaft in Front

Aus dem von den Unternehmern geforderten Schiedspruch waren in der Praxis zwei geworden: Der Spruch über den Mantel und der Spruch über den Lohn. Beide Sprüche standen der zuständigen Kollegenschaft zur Urabstimmung. Der Spruch über den Lohn, der den Leistungslohn bis September 1932 unberührt läßt, wurde angenommen, der Spruch über den Mantel, der trotz eines riesenhaften Abstriches von den Unternehmerforderungen doch den Gehilfen noch Verschlechterungen zum großen Teil als Notmaßnahme brachte, wurde von der Gehilfen-

schaft abgelehnt. Die Unternehmer nahmen beide Schiedssprüche an und verleugneten damit ihr Rotbuch. Man war anscheinend zu der Ansicht gekommen, daß es ohne die Rotbuchforderungen besser gehen würde. Die Gehilfenschaft lehnte wie gesagt aber auch das ab. Tarif mit Schlichterbeilage ist eben nicht nach ihrem Geschmack.

#### Samuel, hilf!

Da die Gehilfenschaft den Schiedsspruch I ablehnte, war erneut nichts gewonnen; der Weg noch nicht zu Ende. Sollte der Schiedsspruch trotz der Absage der Gehilfenschaft Rechtskraft erlangen, mußte er die Verbindlichkeit erlangen. Die Unternehmer beantragten dann auch die Verbindlichkeit des Schiedsspruches I. Die jeder Verbindlicherklärung vorangehenden mühsamen Einigungsverhandlungen wurden am 13. Juni im Rami gepflogen. Die ablehnende Stellungnahme der Gehilfenvertreter war in der Sachlage gegeben. Inzwischen war nicht nur der Tarif abgelaufen, sondern mit dem Kabinettswechsel auch der Mann des Unternehmertums im Reichsarbeitsministerium eingezogen mit dem bindenden Auftrag, der politischen Lohn- und Tarifmacherei durch Verbindlicherklärung ein Ende zu machen. Es ist einer der eigenartigen Scherze der Geschichte, daß die ersten Hilferufer zur Verbindlicherklärung, also der politischen Lohn- und Tarifmacherei, unter der neuen Ara unsere Unternehmer mit waren. Wir kalkulieren: wenn die Beschäftigung erst wieder einmal besser ist, stehen die Unternehmer im Rami Schlange, um durch die Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen Schutz zu finden. Diesmal half Samuel nicht. Der Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer ließ erklären, daß die Verbindlicherklärung des Schiedsspruches abgelehnt worden sei, weil die gesetzlichen Voraussetzungen nicht gegeben seien. Wie es scheint, hat die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände vor dem Bund chemographischer Anstalten die Segel nicht gestrichen. Aber wie dem auch sei: auch die Aktion der Verbindlicherklärung war ein Schlag ins Wasser.

#### Letzte Verhandlungsmöglichkeiten

Mit der Ablehnung der Verbindlichkeit war zugleich die Situation reif zur Explosion, wenn nicht noch der letzte Versuch der Verständigung gemacht worden wäre. Dieser Versuch stieg am 22. Mai in den Räumen des Tarifamtes. Das Ergebnis dieser Verhandlungen hat den Kollegen zur Beurteilung vorgelegen und die verantwortlichen Verbandskörperschaften haben den Kollegen empfohlen, es anzunehmen. Und die Kollegen konnten diesem Ratschlag mit gutem Gewissen folgen, denn die Verhandlungsmöglichkeiten sind jetzt endgültig erschöpft; danach gibt es nur noch den Kampf des einzelnen um seine Rechte.

#### Die Moral dieser Geschichte

Die zuletzt formulierte Vereinbarung bringt der Kollegenschaft zweifelsohne einige Verluste, die zum Teil schmerzlich sind. Sie bleiben aber noch hinter dem zurück, was die Arbeiterschaft des graphischen Gewerbes hinnehmen mußte. An den Forderungen der Unternehmer gemessen, hat der mehr denn 30 Wochen kreifende Berg ein Mäuslein geboren. Und daneben: Solche Pferdekur hält das Gewerbe nicht noch einmal aus. Abgesehen von der geradezu grandiosen Gehilfenverprellung, die in ihrer Totalität mit Meistergeschick erreicht worden ist und ihre Wirkungen noch auslösen wird, hat die Syndizitaripolitik ein Fiasko von tragischer Größe gemacht. Hierin scheint uns ein Segen für die Berufe der photomechanischen Fächer zu liegen, wenn die Unternehmer die sich aus dem ganzen Ablauf der Tarifbewegung ergebenden Konsequenzen ziehen. Und die müssen gezogen werden, sonst wird aus einer Tariftragödie eine Gewerbetragödie!

## Kämpfer und Kämpferinnen der Eisernen Front

Ihr habt seit Jahrzehnten den Kampf für die Einheit und Freiheit Deutschlands geführt. In euren Herzen lebte selbst noch in den letzten Jahren der Entbehrung und Bitterkeit die Hoffnung auf den sozialen Volksstaat, auf ein neues Deutschland. Ihr habt seine Grundlagen geschaffen. Ihr wolltet es ausbauen zu einer Heimat für alle Deutschen.

Statt dessen kam die Not. In allen Ländern der Welt stieg die Flut der Arbeitslosigkeit.

### In Deutschland feiern Millionen und aber Millionen Hände. Ihr Schicksal ist Armut und Hunger.

Die letzte Notverordnung der getarnten Hitler-Regierung überantwortete die Arbeitslosen der Armenpflege. Selbst den Opfern des Krieges und den Invaliden der Arbeit wurde die kümmerliche Rente gekürzt.

Die letzten Wochen zeigten euch, was das „Dritte Reich“ bringen wird. Wer nichts besitzt, ist vogelfrei. Wer wenig hat, dem soll auch das Wenige genommen werden. Wer viel hat, dem hilft der Staat. Zugleich mit den neuen Uniformen für die SA. sind den Arbeitern, Angestellten und Beamten neue Notverordnungsjacken verpaßt worden. Das schaffende Volk in Stadt und Land trägt die graue Uniform des Elends.

### Der Preis, den das neue Kabinett für die Tolerierung an Hitler zu zahlen hatte, war die Auflösung des Reichstages, die Aufhebung des eben erlassenen Verbotes der Hitlerischen Privatarmee und die Auslieferung Preußens an die Nationalsozialisten.

Die braune Garde Hitlers marschiert wieder und durchbricht alle Schranken der Ordnung. Ermutigt durch die Reichsregierung und auf deren Versprechungen pochend, ist die SA. zum offenen Kampfe gegen einzelne Landesregierungen angetreten, um sie unter ihre Botmäßigkeit zu zwingen. So kündigt sich das „Dritte Reich“ an, in dem die Todfeinde des werktätigen Volkes nach ihrer Willkür herrschen wollen, das Deutschland, in dem es zweierlei Recht und zwei Nationen gibt: die Nation der Bevorrechtigten und die Nation der Hungerlöhner und Almosenempfänger.

### Für die arbeitende Masse die Hungerpeitsche!

### Für die großen Kapitalisten in Stadt und Land die „Wohlfahrtsunterstützung“ der Subventionen!

### Für die Schergen des Kapitals neue Uniformen!

Darin erschöpft sich die Kunst der neuen Regierung, die sich berufen fühlt, Deutschland wirtschaftlich und moralisch aufzurichten.

Die Regierung, die heute das Steuer des Reiches in Händen hält, mißachtet den Willen der überwältigenden Mehrheit des Volkes, die am 13. März und 10. April für Hindenburg stimmte, um Demokratie und Republik zu retten. Sie stützt sich auf die Kräfte, die die Gewalt auf ihre Fahnen geschrieben haben und tagtäglich mit kaum zu überbietender Brutalität den Bürgerkrieg schüren.

### Wo Gewalt vor Recht geht, gibt es keine Freiheit und keine Sicherheit.

Der Sieg der Gegenrevolution würde euch wehrlos denen preisgeben, die aus dem Kriege nichts gelernt haben, als auf Volksgenossen zu schießen.

### Männer und Frauen der Eisernen Front! Dahin darf es nicht kommen.

Deutschland darf nicht der Diktatur einer politisch unfähigen Clique ausgeliefert werden. Es muß verhindert werden, daß sich die SA. zum Herrn der Straße macht und den letzten Rest staatsbürgerlicher Freiheit zertrampelt. Der Kampf gegen diese Feinde des Volksstaates und ihre Bürgerkriegsgarden ist eure geschichtliche Aufgabe. Es ist ein Kampf um eure Freiheit.

### Der 31. Juli ist ein Schicksalstag im Freiheitskampfe des deutschen Volkes!

Männer und Frauen des schaffenden Volkes! Setzt euch zur Wehr gegen die Verknechtung, kämpft gegen die vereinten Kräfte der Reaktion!

### Schart euch um das Freiheitsbanner der Eisernen Front!

Schmücket euch mit den Symbolen des Kampfes! Tragt die drei Pfeile durch die Straßen, in die Betriebe, auf das Land hinaus! Millionenfach brause euer Freiheitsruf durch Stadt und Land, die Freunde weckend, die Feinde schreckend!

### Ihr werdet siegen, wenn ihr einig seid!

## Reichskampfleitung der Eisernen Front

### Der Vorstand des ADGB. zur Einheitsfront

Seit dem Sturz der Regierung Brüning wird der Gedanke der Einheitsfront der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei unter der Arbeiterschaft in den Betrieben lebhaft erörtert.

Der Vorstand des ADGB. ist fest davon überzeugt, daß der Kampf gegen den gemeinsamen Feind das geschlossene Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zur gebieterischen Pflicht macht. In den anderthalb Jahrzehnten der Nachkriegszeit, seit dem Beginn der verhängnisvollen politischen Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, waren die freien Gewerkschaften die Träger des Einheitsgedankens. In ihren Reihen war dieser Gedanke in den Grenzen des politisch Möglichen verwirklicht. Daß man sich von allen Seiten gerade an sie, insbesondere an den Vorstand des ADGB. wendet, die Rolle des Mittlers zu übernehmen, beweist, daß diese Tatsache allseitig anerkannt wird.

Leider hat diese Anerkennung noch nicht zu der Einsicht geführt, daß die Voraussetzung für eine Einheitsfront die Einstellung des gehässigen und verleumderischen Bruderkampfes ist, der tagtäglich in Versammlungen, in der Presse und in Flugblättern geführt wird. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands hat sich noch in neuester Zeit ausdrücklich dazu bekannt, diesen Kampf hemmungslos fortzusetzen. In einer Erklärung vom 20. Juni 1932 sagt die kommunistische Parteizentrale:

„Die Kommunisten erklären dabei ganz offen, daß sie nicht daran denken, den Parteien, mit

deren Hilfe und durch deren Politik der Faschismus zur Macht gelangte, einen „Burgfrieden“ zu gewähren, wie es die SPD.- und ADGB.-Führer wünschen, weil sie um ihre Mandate zittern . . . Es gibt für die Kommunisten keinen „Burgfrieden“ mit Verrätern und Feinden der Arbeiterklasse.“

Diese Erklärung ist unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Einheitsbestrebungen in der Arbeiterschaft von der höchsten Instanz der KPD. abgegeben worden. Unter diesen Umständen sieht der Vorstand des ADGB. für Einigungsversuche keine Erfolgsmöglichkeiten.

Die einheitliche Abwehrfront der politischen Parteien der deutschen Arbeiterbewegung ist nur denkbar, wenn alle Beteiligten freiwillig darauf verzichten, die Kampfgenossen in entehrender Weise anzugreifen. Der Verzicht auf böswillige Verunglimpfung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie während des Wahlkampfes ist die Mindestbedingung, die die Kommunistische Partei erfüllen muß, wenn der Vorstand des ADGB. seinen Einfluß für die Bildung einer gemeinsamen politischen Abwehrfront in die Waagschale werfen soll. Es ist eine Forderung, auf die kein ehrlicher Befürworter der Einheitsfront verzichten kann.

Es wird die Aufgabe der organisierten Arbeiter selbst sein, die moralischen Grundlagen für ein einheitliches Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zu schaffen. Sie müssen jedem, der den Bruderkampf in ihren Reihen mit den bisherigen verwerflichen Mitteln in Wort und Tat fortsetzt, unzweideutig klarmachen, daß er den Todfeinden der deutschen Arbeiterschaft den Weg zum Siege bahnt.

# VERBAND UND BERUF

## Die Deutsche Buchproduktion in der Krise

Unter dem Druck der furchtbaren Wirtschaftskrise und der damit zusammenhängenden Massenarbeitslosigkeit, die naturgemäß die Zahl der Bücherkäufer erheblich verringert, ist die deutsche Buchproduktion bedeutend zurückgegangen. Es konnte nicht anders kommen, denn wer eine andere Auswirkung einer solchen Krise erwartet, unterschätzt den Druck, der heute auf die Masse des Volkes lastet. Der rücksichtslos durchgeführte Lohnabbau hat weiter dazu beigetragen, daß die Nachfrage nach Büchern gesunken ist. Die Richtigkeit der gewerkschaftlichen Lohntheorie, daß die Masse kaufkräftig sein muß, wenn die durch den Fortschritt der Technik gewaltig gestiegene Produktion umgesetzt werden soll, wird durch die Entwicklung immer wieder aufs neue bestätigt. Die Unternehmer, denen jeder Lohnabbau noch nicht weit genug geht, haben angesichts dieser Tatsachen keinen Grund, über den Rückgang des Buchsatzes zu klagen, denn ihre ganze Politik treibt auf die Schrumpfung der Massenkaufkraft hin. Wäre man dem Rate der Gewerkschaften gefolgt, hätte es zu diesem Produktions- und Absatzrückgang nicht kommen können. Für das Jahr 1931 liegen die endgültigen Zahlen der deutschen Buchproduktion noch nicht vor, es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß in diesem Krisenjahr die Produktion noch unter dem Produktionsstand des Jahres 1930 gesunken ist. Hierbei fällt noch besonders die Tatsache ins Gewicht, daß sich der Umfang der Verlagsveröffentlichungen wesentlich verringert hat. Große, umfangreiche Werke mit hoher Seitenzahl sind der Zahl nach am stärksten gesunken, während die kleine Schriftenliteratur, besonders aber die Zeitschriftenliteratur nicht solche starken Rückgänge aufweist. Aus diesem Grunde gibt die absolute Zahl der Verlagserscheinungen noch keinen sicheren Anhaltspunkt für den Rückgang der Buchproduktion, da darin nicht Umfang und Stärke der Bücher berücksichtigt ist.

Die folgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Buchproduktion seit der Kriegszeit. Die Zahl der Gesamterscheinungen, einschließlich Zeitschriften betrug:

1919	22 308	1925	31 595
1920	27 793	1926	30 064
1921	29 285	1927	31 026
1922	30 804	1928	27 794
1923	26 399	1929	27 002
1924	23 082	1930	26 961

Den höchsten Stand erreichte die deutsche Buchproduktion in der Nachkriegszeit in den Jahren von 1925 bis 1927, dann trat ein Absinken ein. Vor dem Kriege, im Jahre 1913 betrug die Buchproduktion 35 078, darunter 6900 periodische Druckschriften. In den ersten Jahren der Nachkriegszeit war die Zahl der Zeitschriften geringer als vor dem Kriege, stieg dann aber von 1924 stetig an, wie die folgende Übersicht zeigt:

1924	5061	1927	6860
1925	6127	1928	7116
1926	6739	1929	7303
1930	7284		

Der Gesamtwert der im Jahre 1930 hergestellten Bücher beziffert sich auf 160 095 RM. gegen 160 182 RM. im Jahre 1929 und 148 758 RM. im Jahre 1928. Der durchschnittliche Ladenpreis je Einheit stellte sich 1930 auf 6,25 RM. gegen 6,19 RM. 1929 und 5,62 RM. 1928. Wie daraus hervorgeht, sind die Preise je Einheit in den letzten beiden Jahren noch gestiegen. Diese Preiserhöhung in einer Zeit sinkender Massenkaufkraft hat den Umsatz bestimmt nicht gehoben. Am höchsten lag der Einheitswert mit 36,44 RM. je Verlagsveröffentlichung im Jahre 1930 bei kunst- und kunstgewerblichen Büchern und am niedrigsten bei Schulbüchern mit 1,94 RM. Die Zahl der Neuerscheinungen betrug 1930 rund 22 100, die Zahl der Neuauflagen stellte sich auf rund 4700. Bücher wurden 1930 rund 19 700 hergestellt.

Die Verteilung der deutschen Buchproduktion auf die einzelnen Wissenschaftsgebiete geht aus folgender Aufstellung hervor:

	1930	1929	1928
Sammelwerke	566	662	627
Religionswissenschaft	2293	2078	2088
Rechtswissenschaft	1779	1583	1662
Sozialwissenschaft	2230	2106	2026
Heilwissenschaft	1150	1138	1191
Naturwissenschaft	956	939	925
Mathematik	245	229	207
Philosophie	489	489	534
Erziehung	921	947	925
Schulbücher	1883	1875	2281
Jugendschriften	1342	1496	1548
Sprache und Literatur	4966	5039	5345
Musik, Kino	494	520	676
Kunst	639	710	658
Geschichte	901	921	830
Kriegswissenschaft	181	198	207

	1930	1929	1928
Kultur- und Volkskunde	541	482	547
Erd- und Völkerkunde	814	691	707
Technische Wissenschaften	1556	1617	1697
Handel und Verkehr	1071	1305	1293
Landwirtschaft	907	915	707
Sport	476	466	465
Geheimwissenschaft	561	606	648

Zurückgegangen ist die Produktion in den Wissenschaftsgebieten: Sammelwerke, Erziehung, Schulbücher, Jugendschriften, Sprachen und Literatur, Musik und Kunst, Kriegswissenschaften, Handel und Verkehr, Technische und Geheimwissenschaften. Gestiegen ist die Produktion hauptsächlich bei Religions-, Rechts- und Sozialwissenschaft und Sport.

Erwähnt sei noch, daß von der Gesamtproduktion 1930 26 000 Veröffentlichungen in deutscher Sprache erschienen und 961 in fremden Sprachen. Übersetzungen in deutscher Sprache erfolgten 1235.

Ernst Neumann.

## Die Löhne der Kollegenschaft

Die Löhne der Kollegen aller Länder, die unserer Berufsinternationale angeschlossen sind, auf einen einheitlichen Nenner zu bringen, um sie zu einem Vergleich gebrauchen zu können, ist nicht so ganz einfach. Denn es kommt ja bei diesem Vergleich, wenn er einigermaßen von Wert sein soll, nicht darauf an, den Nominalwert der Löhne zu kennen. Was nützt es z. B. dem deutschen Kollegen wenn er weiß, wieviel Lei in Rumänien, wieviel Schilling in Österreich und wieviel Franken in Frankreich an Lohn gezahlt werden, um nur einige zu nennen. Natürlich kann auch diese Kenntnis von großer Wichtigkeit sein, wenn es sich darum dreht, über Annahme oder Ablehnung einer Stellung im Ausland zu entscheiden. Sonst sagt aber diese Kenntnis nichts, weil sich aus den Nominallöhnen die soziale Lage der Kollegen nicht erkennen läßt. Die Höhe der Lohnzahlen sagt gar nichts. Sonst hätte es der deutschen Kollegenschaft während der Inflationszeit grandios gut gehen müssen. Das Gegenteil ist richtig! Schon allein daraus ergibt sich, daß entscheidend für die Kollegen die Kaufkraft des Lohnes ist. Aber die Grundlagen solcher Feststellung sind, wie schon betont, nicht so einfach zu finden. Denn die Lebensart der Kollegen in den verschiedenen Ländern und ihre Ansprüche an die Kultur sind auch ganz verschieden. Daher resultieren die Schwierigkeiten, die Kaufkraft des Lohnes der Kollegen der verschiedenen Länder festzustellen.

Einen Versuch in dieser Richtung hat das Sekretariat unseres Internationalen Bundes gemacht und das Ergebnis ist in dem Bericht an den Internationalen Kongreß in Stockholm niedergelegt, von dem wir in voriger Nummer der „Gr. Pr.“ berichteten. Zuerst galt es zwischen Tariflohn und wirklich verdientem Lohn zu unterscheiden. Danach war es notwendig, den Goldwert jedes einzelnen Landeslohnes festzustellen. Aber damit war der beabsichtigte Zweck noch nicht erreicht, denn es fehlte noch die Umrechnung in Kaufkraft. Dafür hat das Internationale Arbeitsamt eine Methode ausgearbeitet: den sogenannten Einkaufskorb. Es sind da eine Reihe lebensnotwendige Bedürfnisse zusammengestellt und deren Kosten festgestellt. Ihre Verrechnung ergibt eine Meßziffer, deren absolute Richtigkeit wohl angegriffen werden kann, die in Verbindung mit anderem aber doch ein annäherndes Bild der jeweiligen Kaufkraft des Lohnes gibt und so Vergleiche zuläßt.

Da es uns nicht möglich ist, alle Statistiken unseres Internationalen Lithographenbundes zu bringen, begnügen wir uns mit einer Auswahl.

Durchschnittslöhne auf Goldparität nach Niederländischer Münze (23. Dez. 1931):

Länder	Lithographen	Um-drucker	Masch.-Meister	Offset-drucker
Belgien	34,68	29,48	29,48	32,95
Dänemark	40,53	37,95	40,40	46,25
Deutschland	40,34	38,09	38,53	46,80
England	42,25	35,91	35,91	42,25
Holland	48,07	41,76	40,14	47,13
Norwegen	41,97	39,38	38,96	44,16
Österreich	28,70	30,45	27,00	33,25
Schweden	49,35	39,01	33,84	41,36
Schweiz	51,46	48,77	50,25	57,12
Tschechoslowakei	26,60	25,19	25,49	35,72

Das ist das Verhältnis der Löhne auf Goldparität. Die Löhne nach Kaufkraft ergeben etwas anderes. Da jedoch hierfür noch keine ungeföchtete Grundlage zur Berechnung gefunden worden ist, gibt der Bericht zugleich noch andere Vergleiche. Und zwar in der Umrechnung in holländische Gulden und in einem Vergleich zu England und Holland, je zu 100 gesetzt. Dabei ist das Lithographie- und Chemigraphiegewerbe getrennt berechnet worden.

Lithographiegewerbe:

Länder	Lohn in Gulden	Meßziffer	Kaufkraft	Verhältnisziffern:	
				England	Holland
Österreich	28,70	99	28,99	47,88	57,29
Frankreich	31,69	109	29,07	48,01	57,45
Tschechoslowakei	26,30	85	30,94	51,10	61,15
Deutschland	40,53	107	37,88	62,54	74,86
Belgien	34,68	83	41,78	69,00	82,57
Holland	48,07	95	50,60	83,57	100,00
Polen	39,06	73	53,50	88,36	105,73
England	60,55	100	60,55	100,00	119,66
Dänemark	58,42	96	60,85	100,00	120,26
Schweden	70,00	105	66,66	110,91	131,74

Chemigraphiegewerbe:

Länder:	Lohn in Gulden	Meßziffer	Kaufkraft	Verhältnisziffern:	
				England	Holland
Tschechoslowakei	25,36	85	29,84	44,80	62,66
Österreich	29,75	99	30,05	45,12	63,10
Belgien	31,22	83	47,61	56,47	78,98
Deutschland	48,22	107	45,07	67,09	94,65
Holland	45,24	95	47,62	71,50	100,00
Polen	39,06	73	53,50	80,33	112,35
Schweden	58,00	105	55,24	82,94	116,00
Dänemark	56,86	96	59,23	88,93	124,38
England	66,60	100	66,60	100,00	139,86

Zum Schluß geben wir noch die Durchschnittslöhne in den einzelnen Ländern in den einzelnen Sparten nach Landesmünze an:

Durchschnittslöhne nach der Münze des Landes:

Länder	Münze	Lithographen	Um-drucker	Masch.-meister	Offset	Chem.			Tief-drucker	Licht-drucker
						500,00	425,00	425,00		
Belgien	Belg. Frk.	500,00	425,00	425,00	475,00	450,00	475,00	475,00	475,00	475,00
Dänemk.	Krone	87,63	82,06	87,35	100,00	85,28	—	—	—	82,50
England	Pfd. Sterl.	5,-	4,50	4,50	5,-	5,10	5,50	—	—	—
Finnland	Markka	—	—	552	—	—	—	—	—	—
Frankr.	Frz. Frank.	—	325	—	—	—	—	—	—	—
Holland	Gulden	48,07	41,76	40,14	47,13	45,24	44,43	—	—	43,25
Luxembg.	Belg. Frk.	—	450	—	—	—	—	—	—	—
Norwegen	Krone	91,25	85,60	84,70	96,00	82,10	104,00	—	—	—
Österrich.	Schilling	82,00	87,00	80,00	95,00	85,00	85,00	—	—	86,00
Polen	Zloty	—	140	—	—	—	—	—	—	—
Schwed.	Krone	105,00	83,00	72,00	88,00	87,00	86,00	—	—	82,00
Schweiz	Schw. Frk.	106,40	100,45	103,50	117,65	105,50	115,90	—	—	—
Tschech.	Krone	356,72	340,49	345,02	482,72	343,84	384,88	—	—	438,33
Ungarn	Pengö	—	80,00	—	—	—	—	—	—	—

Die andern Länder außer Deutschland haben leider keine Angaben gemacht. Aber auch dort muß die Grundlage für eine gute Lohnstatistik geschaffen werden. Aber trotzdem bieten auch diese Zahlen wertvolle Einblicke und gute Einsichten in die Lohnverhältnisse der einzelnen Länder. Nur zu berechtigt ist der von uns geäußerte Wunsch, die Kollegen möchten diese Statistiken recht eingehend studieren und die sich ergebenden Konsequenzen daraus ziehen.

## Die Herstellung eines Buches im Film

Nachdem der holländische Verband bereits vor einiger Zeit mit einem Film an die Öffentlichkeit getreten war, in welchem der Werdegang eines Buches, insbesondere also die Arbeit des Buchbinders und Buchdruckers gezeigt wird, ist jetzt ein weiterer Film aus der graphischen Industrie gefolgt, in welchem die Arbeit der Lithographen und verwandten Berufe gezeigt wird. Neben den neuesten Errungenschaften auf dem Gebiete der Technik und der Rationalisierung wird aber auch die Entwicklung der Buchdruckerkunst geschildert, angefangen mit den ersten „Inkunabeln“ und den Büchern des XVI. Jahrhunderts. — Am Schlusse der Besprechung wird versichert, daß der Film von den, doch zum größten Teil aus Laien bestehenden Kinobesuchern mit regem Interesse aufgenommen worden ist und eine gute Reklame darstellt für das Buch und buchgewerbliche Erzeugnisse, was ja letzten Endes auch der Zweck der Übung war.

## Sonderunterstützung für arbeitslose Verbandsmitglieder in Frankreich

Wenn es danach ginge, womit die NSDAP. sicherlich einen großen Teil ihrer agitatorischen Erfolge eingestimmt hat, so müßten ja die Franzosen geradezu im Gelde schwimmen, infolge der Reparationszahlungen. — Wie es aber in Wirklichkeit aussieht, dafür bietet die Zeitung des Verbandes der Bucharbeiter von Frankreich wieder einmal einen Ausschnitt. — Der Verbandsvorstand hat nämlich unterm 5. Juni beschlossen, daß diejenigen Zweigvereine, welche ihren ausgeteuerten Mitgliedern eine Sonderunterstützung gewähren wollen, 50 Proz. dieses Betrages aus der Hauptkasse vergütet erhalten. Dieser Beschluß gilt für die Zeit vom 1. Juli bis 1. Oktober.

### Sechzig Jahre Lederarbeiter-Verband

Der Deutsche Lederarbeiter-Verband feiert am 2. August d. J. sein 60jähriges Gründungsjubiläum. Der Lederarbeiter-Verband ist aus der Verschmelzung von drei Verbänden hervorgegangen. Am 1. Juli 1893 trat der Zentralverein der Gerber und Lederzüricher zum Lederarbeiter-Verband über und am 1. Juli 1909 verschmolz sich der im Jahre 1869 gegründete Handschuhmacher-Verband mit dem Lederarbeiter-Verband. Von dem Genossen Mahler, dem Vorsitzenden des Lederarbeiter-Verbandes, ist zum Jubiläum des Verbandes und gleichzeitig für den im August stattfindenden 20. Verbandstag eine kleine, hübsche Broschüre herausgegeben worden. Auf 21 Seiten wird textlich, durch Tabellen und Diagramme eine konzentrierte Übersicht über die Gründung, Fortentwicklung und Tätigkeit des Lederarbeiter-Verbandes gegeben. Bei der Vereinigung der Lohgerber mit dem Lederarbeiter-Verband im Jahre 1893 zählte der Verband 2600 Mitglieder, die sich bis zum Jahre 1914 auf 16048 Mitglieder vermehrte. Vom Handschuhmacher-Verband waren 3017 Mitglieder bei der Verschmelzung zum Lederarbeiter-Verband übergetreten. Die Nachkriegs- und Inflationsjahre brachten eine Vermehrung der Mitgliederzahl. Die Rationalisierung und die wirtschaftliche Krise brachten auch in der Lederindustrie einen Rückgang der Beschäftigten. Am Schluß des Jahres 1931 hatte der Verband 31426 Mitglieder. Die Einnahmen und die finanziellen Leistungen des Verbandes werden für einen Zeitraum von 33 Jahren in einer Tabelle und 3 Diagrammen nachgewiesen. Sie zeigen nicht nur die Entwicklung im Lederarbeiter-Verband, sondern ein Stück allgemeiner Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Während der Lederarbeiter-Verband im Jahre 1894 eine Einnahme von insgesamt 37245 Mk. im Jahre hatte, betrug die Einnahmen im Jahre 1931 insgesamt 2132885 Mk. Im Jahre 1929 sogar 1548205 Mk. Das Unterstützungswesen des Lederarbeiter-Verbandes zeigt die allgemeine Entwicklung von der Reiseunterstützung zur Erwerbslosenunterstützung. Seit 1925 ist die Invalidenunterstützung obligatorisch eingeführt. Sie erforderte in den letzten 4 Jahren eine Gesamtausgabe von 657732 Mk. Alle Unterstützungen zusammen ergeben im Jahre 1931 eine Ausgabe von 739594 Mk. Auch über die Zahl der Lohnbewegungen und den Ausgaben für Streik- und Gemäßregeltenerunterstützung gibt eine ausführliche Tabelle in der Broschüre Auskunft. Prozentual hohe Summen wurden aufgewendet für die Streik- und Gemäßregeltenerunterstützung. Eine Übersicht über die Entwicklung der Tarifverträge vervollständigt die Übersicht über die Tätigkeit des Verbandes.

Drei Generalversammlungsbilder der drei Organisationen, aus denen sich der Lederarbeiter-Verband zusammensetzt, vervollständigen die Erinnerungen an vergangene Zeiten. Das Buch soll wie der Verfasser bemerkt, keine Verbandsgeschichte sein, sondern ein Erinnerungsbuch für die alten Mitglieder und ein Ansporn für die jungen Mitglieder. Die textlichen und bildlichen Darlegungen zeigen, wie auch der Lederarbeiter-Verband aus kleinsten Anfängen sich zu einer Kampf- und Schutzorganisation der Lederarbeiter und Handschuhmacher emporgearbeitet hat.

### Zehnjähriges Bestehen des Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikats

Im Rahmen der „Stunde des Beamten“ sprach auf der Deutschen Welle der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikats, Albert Falkenberg, über das zehnjährige Bestehen des Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikats. Der Redner wies darauf hin, daß die Gründung des Syndikats in eine Zeit fiel, in der noch die Auswirkungen des verlorenen Krieges und der politischen Umwälzung die Gemüter in Erregung hielten. Auch in den Beamtensyndikatsorganisationen bestand die Gefahr der Überspannung von Ideen, die schon in der Vorkriegszeit jahrelange Erörterungen heraufbeschworen hatten. Er erinnerte an die Koalitionsfrage, an die Frage der Beamtensyntheschritte und anderes mehr. Schon die wochenlang vor Ausbruch des Eisenbahnerstreiks vom Februar 1922 geführten Debatten kündigten Wandlungen in der Beamtensyndikatsbewegung an. Wenn auch der Eisenbahnerstreik selbst nicht als Hauptursache für die Gründung der freigewerkschaftlichen Beamtensyndikatsbewegung angesehen werden kann, so hätten doch seine Auswirkungen eine Beschleunigung der Entwicklung herbeigeführt.

Der 3. Bundestag des Deutschen Beamtensyndikats Anfang April 1922 habe bereits die neuen Fronten erkennen lassen. Der Versuch einer

Überbrückung vorhandener Gegensätzlichkeiten gelang vorbei. Die Idee sei stärker als der Wille zur Ausgleichung gewesen. Die am 18. Juni 1922 verabschiedete Satzung ließ die Absicht zielsicherer gewerkschaftlicher Führung klar erkennen. An dieser Stellungnahme habe sich im Laufe des rückliegenden Jahrzehnts nichts geändert.

Gewerkschaftliches Handeln, so führte Falkenberg weiter aus, schließt in sich die Wahrung parteipolitischer Unabhängigkeit und religiöser Neutralität. Als Vertreter von im öffentlichen Dienst tätigen Arbeitnehmerschichten konnte der Allgemeine Deutsche Beamtensyndikat nicht mit arbeiterfeindlichen Parteien paktieren. Eine Beamtensyndikatsorganisation kann nicht Koalitionsfreiheit, freihändlerisches Beamtensyndikat und sozialgerechte Beamtensyndikatsbesoldung von Parteien verlangen, die gegen die gleichgearteten Forderungen der in der Privatwirtschaft tätigen Arbeitnehmer kämpfen. Der Allgemeine Deutsche Beamtensyndikat ist sich der besonderen Stellung des Beamten im und zum Staate stets bewußt geblieben, daneben aber hat er stets die Auffassung vertreten, daß auch Beamtensyndikatspolitik nichts anderes sein kann, als das Streben nach dem rechtlichen und wirtschaftlichen Schutz der Arbeitskraft aller Staatsbediensteten. Aus dieser grundsätzlichen Einstellung ergab sich die organisatorische und programmatische Fühlungnahme mit den grundsätzlich gleichgerichteten Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften. Sie wurde in dem 1923 mit ADGB. und AFA-Bund abgeschlossenen Organisationsvertrag sanktioniert. Der Vertrag enthält drei Grundsatzforderungen: Schutz der Republik, Umbau des geltenden Wirtschaftssystems und internationale Solidarität.

Die zehnjährige Arbeitsperiode des ADGB, in der er für die Verwirklichung dieser Grundideen gewirkt hat, war überreich an inneren und äußeren Kämpfen. Dennoch darf schon jetzt behauptet werden, daß die politischen Kämpfe der nächsten Zukunft noch viel höhere Anforderungen an die Beamtensyndikatsorganisation im allgemeinen und an den Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikat im besonderen stellen werden. Von der letzten Entscheidung über die zur Zeit so heiß umstrittene Problemstellung: Demokratie oder Diktatur? kann weder die Beamtenschaft im ganzen noch die Beamtensyndikatsbewegung unberührt bleiben. Für die beamtensyndikatspolitische Praxis ergibt sich zunächst die Notwendigkeit, Verteidigungsstellung zu beziehen, um der fortschreitenden Unterdrückung eines auf modernen Grundsätzen aufgebauten Berufsbeamtensyndikats Einhalt zu gebieten.

### Billige Urlaubstage

Die Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H., Sitz Jena, Marienstr. 4, teilt mit:

Gezwungen durch die heutige Zeit haben wir die Pensionspreise in unseren Heimen ab 5. Juni erneut ermäßigt. Sie sind jetzt so gestellt, daß sie als durchaus erschwinglich bezeichnet werden können, betragen sie doch nur 3,50 bis 4.— Mk. Außerdem gewähren wir noch 3 Proz. Rückvergütung, die für den nächsten Aufenthalt gutgeschrieben wird, so daß der eigentliche Preis für die Pension nur 3,40 bis 3,90 Mk. ausmacht.

Unsere Heime haben nur Einzelzimmer mit 1, 2 und 3 Betten. Die Ausstattung ist angenehm. Die Lage der Heime reizvoll.

Fordern Sie bitte unseren Prospekt, wir übersenden ihn gern (kostenlos) und erteilen bereitwilligst Auskunft. Anfragen ist Rückporto beizulegen.

### Die Arbeitslosen im Leichenschauhaus

Es scheint jetzt ein gewisser Wettlauf darin zu bestehen, nach Möglichkeit die reaktionären Tendenzen herauszukehren, bzw. den Arbeitern und noch viel mehr den „Arbeitslosen“ zu zeigen, daß sie vom Staate nur noch „geduldet“ sind. So berichtet die Zeitung des Verbandes der Bucharbeiter von Belgien aus Brüssel, daß der dortige Bürgermeister angeordnet habe oder wenigstens durchzusetzen versucht, daß in der „Morgue“ eine Stempelstelle eingerichtet wird. Die Morgue ist aber nichts anderes als ein „Leichenschauhaus“, welches wohl jede Großstadt unterhalten muß, um unbekannte Tote, meist Selbstmörder, daselbst aufzubahren. Diese offensichtliche Verhöhnung der Arbeitslosen reiht sich dem Umstande würdig an, daß in Brüssel, also der Hauptstadt des Landes, 2 Frank pro Tag weniger an Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird als in der Provinz; die letztere zahlt bis zu 7 Frank pro Tag, die Hauptstadt aber nur 5 Frank, wo doch das Verhältnis eigentlich umgekehrt sein müßte.

Es ist ein schlechter Trost für uns, daß andere Länder eben so reaktionär sind wie Deutschland; um so notwendiger ist es, die Reaktion international zu bekämpfen.

### Vom Büchertisch

**Der Staat als Unternehmer.** Von Staatssekretär Dr. Staudinger. Verlag Gersbach & Sohn, G. m. b. H., Berlin W 35. Preis 1,25 RM.

Die volkswirtschaftliche Funktion der öffentlichen Unternehmen wird in diesem Buch in den Mittelpunkt gestellt. Der Wert der staatlichen Unternehmerrätigkeit in den einzelnen Wirtschaftszweigen wird dem Leser vor Augen geführt. Besonders Bedeutung gewinnt das Buch durch seine Stellungnahme derartiger Unternehmen für die Gegenwart und seine Aufgaben für die Zukunft. Man ist erfreut über die Fülle von Material, über die Auseinandersetzung mit anderen Meinungen und erkennt den Weg als den gegebenen an, der vom Herausgeber angezeigt wird. Gerade in die jetzige Zeit kommt diese Neuerscheinung und nimmt objektiv zu diesen vielumkämpften Fragen Stellung. Das macht das Buch wertvoll und empfehlenswert.

**Nazi-Kommunalpolitik.** Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Preis 15 Rpf.

Bei den letzten Kommunalwahlen ist es den Nationalsozialisten in einigen Ländern gelungen, in die Gemeindepaläste einzuziehen. Erst kurze Zeit sind sie dort bei der „Arbeit“. Aber das hat schon genügt, um eine Fülle Material zu erhalten über Theorie und Praxis der Nazis in der Kommunalpolitik. Die kleine Broschüre stellt dieses Material zusammen. Irrungen, Wirrungen, Demagogie und Korruption, das ist die Kommunalpolitik der Nationalsozialisten.

**Protokoll der Verhandlungen des außerordentlichen (15.) Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands.** Verlagsanstalt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6.

Es sind auch noch nicht die geringsten Zeichen zu sehen, daß die außerordentlich schwere Wirtschaftskrise sich ihrem Ende zuneigt. Zwar ist die Arbeitslosigkeit etwas gesunken, aber die konjunkturelle Entlastung des Sommers ist kaum spürbar. Die Pflicht, den Arbeitslosen durch Beschaffung von Arbeit zu helfen und den Gemeinden die dringende Entlastung von ihren Wohlfahrtsbelastungen zu bringen, ist deshalb nach wie vor zwingend gegeben. Aber die geringen Ansätze zur Arbeitsbeschaffung durch die Regierung sind durch den vollzogenen Kabinetswechsel und die Berufung der Baronsregierung auch noch zerstört worden. Die reaktionäre Regierung will keine Arbeitsbeschaffung. Aber die Arbeiterklasse muß im Lebensinteresse auf der Hilfe für die Arbeitslosen durch Arbeitsbeschaffung beharren. Die Forderung der Arbeiterschaft auf Arbeitsbeschaffung muß jetzt noch nachdrücklicher erhoben werden als bisher. Welche Forderungen zu stellen sind, hat der außerordentliche Kongreß festgelegt und welche Begründung ihnen gegeben worden ist, geht aus dem Protokoll von diesem Kongreß hervor. Das Kongreßprotokoll bringt die auf dem Kongreß gehaltenen Reden im Wortlaut. Es ist deshalb eine wertvolle Waffe im Kampfe um die Arbeitsbeschaffung mit der reaktionären Regierung. Wer wirksam den Arbeitslosen Hilfe bringen und im Kampfe für die Arbeitsbeschaffung seinen ganzen Mann stehen will, muß das Protokoll der Verhandlungen des außerordentlichen (15.) Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands stets zur Hand haben.

**I. G. Deutschland. Ein Staat im Staate.** Von Helmut Wickel. Buchausstattung von Jan Tschold. Verlag „Der Bücherkreis G. m. b. H.“, Berlin SW 61. Preis 4,50 RM.

In dieser Zeit, in der Wirtschaft zu Politik und Politik zu Wirtschaft wurden, ist eine neue Literaturgattung entstanden. Sie erstattet Bericht über eben diese Zusammenhänge, nicht nur im Fachmann, sondern für den politisch interessierten Menschen. Die besondere Rolle, die der mächtige deutsche Chemiestrukt I. G. Farben in der deutschen Politik spielt und spielt, behandelt Helmut Wickel in seinem neuen Buch.

In knappen klaren Strichen zeichnet der Autor die romantischen Anfänge der chemischen Forschung und Industrie und gibt damit ein Stück europäischer Kultur- und Wirtschaftsgeschichte. Auf ihr ruhen die glänzenden deutschen Forscher, die den Grund zu dem gewaltigen Bau der deutschen I. G. legten.

Die deutsche chemische Industrie stand von Anfang an in ökonomischem und damit politischem Gegensatz zu den großen Kolonialmächten und wurde zu einer Säule des deutschen Vorkriegs-Imperialismus. Der Weltkrieg entwickelte sich, je länger er dauerte um so mehr, zu einem Wettkampf der Chemiker der kriegführenden Staaten. Wenn auch Deutschland als Besiegter aus dem Kriege hervorging, die deutsche chemische Industrie hat ihn nicht verloren. Sie hat sich neue Weltgeltung verschafft und wurde im neuen Deutschland zu einem ausschlaggebenden politischen Faktor. Mehrfach gehörten Mitglieder des Aufsichtsrates der I. G. Farben offiziell deutschen Regierungen an, immer aber warf der Trust hinter den Kulissen sein Wort in die Waagschale. Daß diese Entwicklung kein Zufall, sondern eine notwendige Folge der besonderen Stellung des Chemiekapitals ist, zeigt Wickels Buch mit überzeugender Eindringlichkeit. Es weist auf und ist darum ebenso interessant als historische Studie wie als aktuelles politisches Werk.

**Die Aussichten für den Wohnungsbau 1932.**

Welche Aussichten für den Wohnungsbau, d. h. Neubau und Erhaltung der Altwohnungen. Im Jahre 1932 bestehen, behandelt der instruktive Beitrag in der soeben erschienenen Nr. 3 der Informationsblätter „Wohnungsbau und Miete“, die von der Werbeabteilung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, herausgegeben werden. Neben einer Reihe wichtiger Informationen über Mieter- und Siedlerangelegenheiten bringt die Nummer in einem längeren Artikel Zahlenmaterial über die Entwicklung des Wohnungsbau in den letzten Jahren. Die umfassenden Angaben werden sicher von allen Interessenten sehr begrüßt werden.

**Zehn Jahre gewerkschaftliche Bildungsarbeit in Berlin.** Von Fritz Fricke. 111 Seiten. Berlin 1932. Preis 2,20 RM. Organisationspreis 1,50 RM.

In der Schriftenreihe des Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über Stätten und Formen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit ist nach der Darstellung der Tätigkeit des freigewerkschaftlichen Seminars in Köln a. Rh. ein weiteres Heft über die Berliner Gewerkschaftsschule erschienen. Diese Arbeit verdient nicht nur in sozialpädagogischer Beziehung eine besondere Beachtung. Die Geschichte der Berliner Gewerkschaftsschule ist zugleich ein nicht unwesentliches Kapitel in der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Was an Hoffnungen und Sorgen, an Zielsetzungen und Kräften sich in schicksalsschweren Jahren offenbarte, was an Reife und nüchternem Wirklichkeitssinn sich durchsetzte, das hat auch in der Berliner Gewerkschaftsschule als Aufgabe bewältigt sein wollen.

**Inhaltsübersicht:** Geschichtsbeitrag zur Syndizal-Tarifpolitik / Kämpfer und Kämpferinnen der Eisernen Front / Der Vorstand des ADGB. zur Einheitsfront - **Verband und Beruf:** Die deutsche Buchproduktion in der Krise / Die Löhne der Kollegenschaft / Die Herstellung eines Buches im Film / Sonderunterstützung für arbeitslose Verbandsmitglieder in Frankreich - **Sechzig Jahre Lederarbeiter-Verband / Zehnjähriges Bestehen des Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikats / Billige Urlaubstage / Die Arbeitslosen im Leichenschauhaus / Vom Büchertisch.**